15. März 1990 zum Gewerbegesetz (GBI. I Nr. 18 S. 169) obliegenden Aufgaben werden mit dieser Verordnung erweitert.

(2) Zur Durchführung dieser Aufgaben schaffen die Gewerbeämter der Räte der Kreise und Städte kurzfristig die erforderlichen personellen und materiellen Voraussetzungen.

§5

Registrierung

(1) Die Gewerbeämter der Räte der Kreise und Städte führen über den anzeigepflichtigen Gewerberman in geeigneter Weise ein Register, in das die anzeigepflichtigen und weitere für die Vermittlung erforderlichen Angaben einzutragen sind. Sie haben die Öffentlichkeit des Registers zu gewährleisten.

(2) Den Gewerberaumsuchenden sind an Hand des Registers geeignete Gewerberäume zu benennen.

(3) Die Einsichtnahme in das Register ist gebührenpflichtig. Die Gebühr beträgt 10 M und darf nur einmal erhoben werden.

§6

Nutzung

(1) Alle Eigentümer, Rechtsträger oder sonstigen Verfügungsberechtigten sind verpflichtet, Gewerberman einer Nutzung zuzuführen. Sofern sie Gewerberman nicht selbst nutzen, sind sie verpflichtet, ihn Gewerberaumsuchenden zur Nutzung zu überlassen, öffentlich auszuschreiben oder Maklern anzubieten.

(2) Der Abschluß eines Nutzungs- bzw. Mietvertrages über registrierten Gewerberman ist dem örtlich zuständigen Gewerbeamt umgehend bzw. spätestens innerhalb von 10 Tagen anzuzeigen.

§7

Ordnungsstrafbestimmungen

(1) Wer vorsätzlich oder fahrlässig seiner Anzeigepflicht gemäß § 3 nicht nachkommt, kann mit einem Verweis oder einer Ordnungsstrafe von 10 M bis 500 M belegt werden.

(2) Ist eine vorsätzliche Handlung nach Absatz 1 aus Vorteilsstreben oder wiederholt innerhalb von 2 Jahren begangen und mit einer Ordnungsstrafe geahndet worden, kann eine Ordnungsstrafe bis zu 1 000 M ausgesprochen werden.

(3) Die Durchführung des Ordnungsstrafverfahrens obliegt dem Leiter der zuständigen Gewerbebehörde.

(4) Für die Durchführung des Ordnungsstrafverfahrens und den Ausspruch von Ordnungsstrafmaßnahmen gilt das Gesetz vom 12. Januar 1968 zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten - OWG - (GBI. I Nr. 3 S. 101).

§8

Schlußbestimmung

(1) Diese Verordnung tritt mit Ausnahme § 7 mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

(2) Der § 7 dieser Verordnung tritt 4 Wochen nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

(3) Gleichzeitig tritt die Verordnung vom 6. Februar 1986 über die Lenkung des Gewerberaumes (GBI. I Nr. 16 S. 249) außer Kraft.

Berlin, den 16. Mai 1990

**Der Ministerrat
der Deutschen Demokratischen Republik**

de M a i z U r e
Ministerpräsident

Dr. P o h l
Minister für Wirtschaft

Verordnung über die Einführung gesetzlicher Feiertage vom 16. Mai 1990

§1

Als gesetzliche Feiertage werden wieder eingeführt:

Christi Himmelfahrt

Fronleichnam
(für Territorien mit überwiegend katholischer Bevölkerung)

Reformationstag
(für Territorien mit überwiegend evangelischer Bevölkerung)

Allerheiligen
(für Territorien mit überwiegend katholischer Bevölkerung)

Buß- und Betttag
(für Territorien mit überwiegend evangelischer Bevölkerung).

§ 2

Durch den Minister für Arbeit und Soziales sind bis zur Bildung von Ländern unter Beachtung der territorialen und konfessionellen Spezifik die erforderlichen Durchführungsbestimmungen zu erlassen.

§3

Der § 7 Abs. 2 Buchstabe b der Verordnung über die durchgängige 5-Tage-Arbeitswoche und die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit bei gleichzeitiger Neuregelung der Arbeitszeit in einigen Wochen mit Feiertagen vom 3. Mai 1967 (GBI. II Nr. 38 S. 237) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 1979 (GBI. I Nr. 19 S. 164) wird aufgehoben.

§4

Diese Verordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Berlin, den 16. Mai 1990

**Der Ministerrat
der Deutschen Demokratischen Republik**

de M a i z i ä r e
Ministerpräsident

Dr. H i l d e b r a n d t
Minister für Arbeit und Soziales

Verordnung über Reisen von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland und Personen mit ständigem Wohnsitz in Berlin (West) in und durch die Deutsche Demokratische Republik vom 16. Mai 1990

Zu Reisen von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland und Personen mit ständigem Wohnsitz in Berlin (West) in und durch die Deutsche Demokratische Republik wird folgendes verordnet:

§ 1

Bürger der Bundesrepublik Deutschland und Personen mit ständigem Wohnsitz in Berlin (West) können paß- und visa-frei in und durch die Deutsche Demokratische Republik reisen.